

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

25.8.1863 (No. 199)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. August.

N. 199.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 24. August.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 27. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem italienischen Konsul Eduard Traumann in Mannheim die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, daß ihm von Seiner Majestät dem König von Italien verliehene Ritterkreuz des St. Mauritius-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchst unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß ertheilt unter dem 5. August d. J. Hofkammer-Professor Willmann dahier für das ihm von Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen verliehene Ritterkreuz des Ordens der Ehrenlegion.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 11. August d. J. gnädigst bewogen gefunden: den provisorischen Dampfschiffahrts-Verwalter Anton Bischof in Konstanz seiner Funktionen als solcher zu entheben und denselben in sein früheres Dienstverhältnis als Revisor bei der Direktion der Verkehrsanstalten zurückzuversetzen; dem Professor Hochstetter den Charakter als Baurath zu verleihen; dem außerordentlichen Professor Dr. Schmidt an der Universität Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großherzoglichen Staatsdienste zu ertheilen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, 23. Aug. Die „Europe“ theilt mit: Nächsten Donnerstag werde die Rückkehrung Dänemarks über den Bundesbeschluss vom 9. Juli an den Bundestag erfolgen; Dänemark könne dem Verlangen des Bundestages nicht entsprechen, und werde die Bekanntmachung vom 30. März aufrecht erhalten, und eine Bundesexekution als Feindseligkeit gegen die Würde der Krone und gegen die Existenz der dänischen Monarchie betrachten. Die „Europe“ versichert: die Grundzüge des Defensiv- und Offensivvertrags zwischen Dänemark und Schweden seien bereits verabredet. Die Bundesexekution wäre das Signal zu dem Einmarsch der schwedischen Truppen in Dänemark.

Frankfurt, 24. Aug. Einer Mittheilung der „Europe“ zufolge hat Graf Rechberg Namens des Kaisers den Ministern des Auswärtigen der deutschen Staaten eine Denkschrift zugeföhrt, welche wirksamere Mittel zur Herbeiführung einer raschen Lösung der Reformfrage angibt. Es wird darin gesagt, die Fürsten sollten den wesentlichen Bestimmungen der Reformakte beistimmen und sich nicht vor der Vereinbarung darüber trennen.

Preussische Depesche, den Fürstentag betr.

Das „Frankf. Journ.“ theilt folgende Depesche der preussischen Regierung an den k. preussischen Gesandten zu Wien, Herrn v. Werther, mit:

Saßin, 14. August. Er. Exc. dem Herrn Freiherrn v. Werther in Wien. Aus meinem Erlaß vom gestrigen Tage, das Promemoria betreffend, mit welchem die Einladung Sr. Maj. des Königs nach Frankfurt a. M. motivirt worden war, werden Er. Exc. entnehmen, daß es uns zunächst auf die Erledigung von Fragen ankommt, ohne deren befriedigende Beantwortung jedem Streben nach Reform der Bundesverfassung unserer Ansicht nach der Boden fehlen würde. Vorbehaltlich der hierüber zu gewinnenden Aufklärung beehre ich mich, Er. Exc. einige Bemerkungen über den Inhalt und die Form der uns zugegangenen Eröffnungen mitzutheilen.

Nachdem der Kaiser Franz Joseph am 2. d. M. hier eingetroffen war, nahm Se. Maj. bei einem am 3. stattfindenden Besuche bei unserm allergnädigsten Herrn Gesandten zur Besprechung der deutschen Bundesverhältnisse unter Vorlage des Civ. Excelsis mit dem Erlaß vom 13. übersandten Promemoria. Zu demselben gab Se. Maj. der Kaiser die mündlichen Erläuterungen, daß zunächst ein Fürstentag sich am 16. d. M. in Frankfurt a. M. versammle, daß an der Spitze des Bundes ein Direktorat von fünf Fürsten stehen, daß der Bundestag fortzuführen solle, die laufenden Geschäfte zu verhandeln, daß aber aus sämtlichen Souveränen des Bundes ein zeitweise zusammentretendes Oberhaus, und aus Delegirten der Landtage der einzelnen Staaten ein mit beratenden Attributionen versehenes Unterhaus gebildet werden solle.

Bei dieser und zwei an demselben Tage nachfolgenden Unterredungen sprach Se. Maj. der König die entgegenstehenden Bedenken in dem Sinne des anliegenden Promemoria aus, und erklärte schließlich bei dem Abschied beider Monarchen, daß ein Fürstentag sich mit Nutzen für die ganze Angelegenheit der nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen wegen keinesfalls vor dem 1. Oktober eingeleitet werden könne.

Nach dem Inhalt dieser Unterredungen war es für Se. Maj. den König überraschend, kurz nach der Abföriednahme von Sr. Maj. dem Kaiser am 3. August Abends durch einen kaiserl. Flügeladjutanten die offizielle, vom 31. Juli datirte kaiserl. Einladung zum 16. d. nach Frankfurt zu erhalten.

Das Einladungsschreiben ist Civ. Exc. bekannt; ebenso die darauf am 4. d. M. von unserm allergnädigsten Herrn an Se. Maj. den Kaiser erlassene amtliche Antwort. Um dem kaiserl. Kabinett Gelegenheit zu geben, seine Entschöidungen mit Kenntniß der diesseitigen zu treffen, richtete Se. Majestät noch am 4. ein Telegramm an Se. Maj. den Kaiser, in welchem die Ablehnung der Einladung zum 16. bestimmt ausgesprochen wurde.

Demüthigst sind die österreichischen Einladungen an demselben Tage und ohne die diesseitige Antwort auf das kaiserl. Schreiben abzuwarten, unter dem Datum des 31. Juli erlassen worden.

Am 7. d. M. wurde durch einen kaiserl. Flügeladjutanten Sr. Maj. dem König eine erneute Einladung unter Beiföigung des abschriftlich anliegenden Promemoria überbracht. Dasselbe enthielt mit Rücksicht darauf, daß Sr. Maj. des Königs Baderkur, wenn sie regelmäßig beendet werden solle, Allerhöchstselben nicht gestatte, am 16. in Frankfurt anwesend zu sein, den eventuellen Vorschlag, einen der königlichen Prinzen in Vollmacht zu dem Kongress zu entsenden. Se. Maj. der König lehnte wiederholt in einem eigenhändigen Schreiben vom 7. d. sowohl das eigene Erscheinen, als die Entsendung eines königlichen Prinzen ab.

Hierauf beschränkt sich der in der Sache bisher stattgehabte Schriftwechsel.

Wir scheinen es, daß Vorschläge, welche tief in die gemeinsamen Interessen sämtlicher Bundesstaaten einzugreifen bestimmt sind, wenn sie Erfolg haben sollen, nicht von einer der Bundesregierungen einseitig vorbereitet und in einer für die andern überraschenden Weise bis zu dem Stadium schleuniger Beschöidnahme durch die Souveräne selbst gefördert werden können. Ich halte es der Würde des Königs, meines allergnädigsten Herrn, nicht entsprechend, sich nach Frankfurt zur Entgegennahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten zu begeben, über welche der Rath Preussens nicht vorher gehört ist und deren volle Tragweite Sr. Majestät erst in Frankfurt eröffnet werden soll. Um solche Fragen zur persönlichen Entscheidung der Monarchen reif zu machen, war es unerlässlich, sie vorher in diplomatischen Verhandlungen oder Ministerialkonferenzen zu erörtern. Ich weiß nicht, auf welche Erfahrungen die kaiserl. Regierung den in dem zweiten Promemoria enthaltenen Ausspruch stützt, daß der Weg bloßer ministerieller Konferenzen sich noch jedesmal als unpraktisch erprobt habe, und daß das schon so oft gescheiterte Experiment weitaußersender Beratungen begreiflicher Weise nicht wiederholt werde. Unseres Wissens ist die Bundesreformfrage seit dem Dresdener Kongress einer dringenden Berathung nicht unterzogen worden. Eine Allerhöchste Meinungs-erklärung über die beabsichtigten Reformvorschläge zu erbiten, liegt für mich keine Veranlassung vor, so lange uns über den Inhalt und die Tragweite derselben nur allgemeine und unvollkommene Andeutungen zugekommen sind.

Er. Exc. werden zu Ihrer eigenen Kenntniß aus dem anliegenden Memoire, in welchem der König Allerhöchsthine eigenen Aeußerungen gegen den Kaiser verzeichnet, und welches am 4. nach Wien geschickt wurde, das Nöthige entnehmen.

Die k. Regierung hat ihrerseits den Moment zur Ergreifung der Initiative von Reformschlägen nicht geeignet gehalten; wenn sie aber veranlaßt wird, sich auf diesem Gebiete auszusprechen, so kann ich, unter Bezugnahme auf die Civ. Exc. bekannnten, in unserer Abstimmung in der Delegirtenfrage in der Sitzung vom 22. Jan. d. J. niedergelegten Motive, lediglich die Meinung wiederholen, daß sich nur in einer nach dem Verhältnis der Volkszahl per einzelnen Staaten aus direkten Wahlen hervorgehenden Vertretung des deutschen Volkes, mit Bezugniß zu beschöidender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten, die Grundlage von solchen Bundesinstitutionen erkenne, zu deren Gunsten die preussische Regierung ihrer Selbständigkeit in irgend welchem erheblichen Umfange entsagen könnte, ohne die Interessen der eigenen Unterthanen und die politische Stellung des preussischen Staates wesentlich zu benachtheiligen.

Er. Exc. sind ermächtigt, dem Grafen Rechberg diese Depesche vorzulesen. (gez.) v. Bismarck.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. Aug. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 36 enthält:

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Justizministeriums. a) Die Namensänderung des Sigmund Levy Hanf in Sigmund Lewy in Mannheim betreffend. b) Die Ernennung der Schwurgerichts-Präsidenten für das 3. Quartal d. J. betreffend. Darnach wurden ernannt: 1) für den Unterhainkreis: Hofgerichts-Rath Reinhard in Mannheim, und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichts-Rath Löwig daselbst; 2) für den Mittelrheinkreis: Hofgerichts-Direktor Bohm in Bruchsal, und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichts-Rath Gerbel daselbst; 3) für den Oberhainkreis: Hofgerichts-Rath Wieland in Freiburg, und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichts-Rath Kirn daselbst; 4) für den See- kreis: Hofgerichts-Rath Mann in Konstanz, und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichts-Rath Bujard daselbst. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern. a) Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seckreise be-

treffend. b) Die Vergebung des v. Meris'schen Freiplazes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsanstalt in Baden betreffend. c) Die Apothekereizung des Wilhelm Halm von Konstanz betreffend. d) Die Apothekereizung des Friedrich Schöch von Lichtenau betreffend. 3) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend, an den Chemiker Dr. Christian Gustav C. Lemm in Dresden für mehrere von ihm erfundene Verfahrensweisen, Schwefel, Schwefelsäure, schwefelhaftes Kali, schwefelhaftes Natron, Soda, Potasche, Chlorkalium und Salzsäure zu fabriciren, und die dabei entfallenden Nebenprodukte zur Fabrication von anderen chemischen Produkten zu benützen — so weit die Verfahrensweisen neu sind; ferner an den Ingenieurkapitän Schönberrszky in Petersburg für einen von ihm erfundenen Schwungradapparat für Lokomotive und Bahnzüge. b) Den Poststallmeisterdienst in Wiesbaden betreffend. Derselbe ist vom 15. d. M. an aufgehoben.

II. Diensterledigungen. Die mit dem Diakonatsverbundene erste Lehrstelle an der höhern Bürgerschule zu Breiten mit einem Einkommen von 800 bis 1200 fl.; ferner ist eine Lehrstelle an der höhern Bürgerschule in Mannheim mit einer Besoldung bis zu 1500 fl. durch einen wissenschaftlich gebildeten Lehrer zu besetzen.

III. Todesfälle. Gestorben sind: Am 12. Juli d. J. der pensionirte evangelische Dekan, Pfarrer Kieger in Maulburg; am 2. Aug. d. J. der Hauptmann vom Armeekorps, Rudolph Hoffmann in Jüdenau; am 5. Aug. d. J. der pensionirte Orchesterdirektor Wigenmann dahier; am 15. Aug. d. J. der pensionirte Kriegskommissar Junk.

* Frankfurt. Die Nachrichten über den Gang der Verhandlungen des Fürstentages sind sehr spärlich und voller Widersprüche, und es ist räthlich, gegen die bezüglichen Verlautbarungen sich jeder Vorsicht zu befehligen. Ein allerneuestes Beispiel, von dem in unserer 1. Beilage die Rede ist, muß diese Mahnung um so einbringlicher machen. Am meisten verlaunt noch in denjenigen Organen, welche von österreichischer Seite ihre Eingebungen empfangen. Aber hier kann es leicht kommen — und Beispiele liegen dafür bereits vor —, daß der Optimismus der thatsächlichen Wahrheit ein Bein stellt und in die Irre führt. Nichtsdestoweniger soll — selbstverständlich unter allem Vorbehalt — nicht ganz übergegangen werden, was von jener Seite vorliegt.

Man telegraphirt der Wiener „Presse“ (die — beiläufig gesagt — von Frankfurt aus offiziell so bevorzugt wird, daß die anderen Wiener Blätter eine Kollektivbeschwerde bei dem Ministerium gegen diese Einseitigkeit eingereicht haben):

Frankfurt, 22. Aug. Abends. Das Resultat der heutigen Sitzung des Fürstentages ist ein vollkommen befriedigendes. Die Gerüchte, daß einige Fürsten den Beitritt zur Reformakte abgelehnt haben, sind durchaus unbegründet. Man schreitet zur Spezialverhandlung über die einzelnen Bestimmungen der Reformakte, und hat mit dem Theil über die Bundesexekution (Erweiterung des Bundeszwecks) begonnen. Die Schlußsitzung des Fürstentages ist am Mittwoch zu gewärtigen. [?] Oesterreich annimmt zu rascherer Betreibung. Man glaubt hier zu einem vöthständigen Abschluß unter den Anwesenden zu kommen, und sich so bindend zu einigen, daß Preußen in späteren Ministerkonferenzen das gewonnene Resultat nicht mehr zu alteriren vermöchte.

Frankfurt, 22. Aug. In der heutigen Fürstentagssitzung, die nach 1 Uhr schloß, wurde das negative Antwortschreiben des Königs von Preußen vorgelesen. Die Diskussion über einzelne Punkte des Reformprojektes hat begonnen. Das Ergebnis ist ein sehr zufriedenstellendes und alle Aussicht auf eine baldige Verständigung vorhanden. Es heißt, das Direktorialverhältnis sei besprochen und angemessen geregelt worden. — Gestern richtete Oesterreich an sämtliche Kabinette der am Kongress Theil nehmenden Fürsten eine Denkschrift bezüglich der Mittel zur thmlichstigen Beschleunigung der Verhandlungen. (S. oben Teleg. Frankfurt.)

Frankfurt, 22. Aug. Die Fürsten treten heute zu einer Sitzung zusammen. In der Bildung des Bundesdirektoriums soll eine Veränderung betragt eintreten, daß statt des Wahlsprinzips für den vierten und fünften Bundesdirektor Alternierung stattfindet.

Die Verhandlungen der hier wirkenden Fürsten sind auf eine weitere Woche gemeldet worden.

Frankfurt, 22. Aug. Man telegraphirt dem Wolff'schen Bureau in Berlin: Die Antwort des Königs von Preußen auf die Kollektiv Einladung der Fürsten war dem Bernehmen nach an den Kaiser von Oesterreich adressirt. — Die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Rede des Kaisers vor ihrer Veröffentlichung Abänderungen erfahren habe, wird offiziell als durchaus falsch bezeichnet.

Frankfurt, 24. Aug. Der Ausschuß des Nationalvereins tagte gestern hier und beschloß, daß am 16. Oktbr. eine Generalversammlung in Leipzig stattfinden solle. Auf die Tagesordnung ist „die deutsche Frage“, und geschäftlicher und politischer Bericht gesetzt.

München, 21. Aug. (Sch. M.) Laut Nachrichten aus Rom befindet sich die Königin von Neapel, seitdem sie wieder bei ihrem Gemahl verweilt, fortwährend in leidendem Zustand, und die Ärzte sollen die Rückkehr nach Deutschland ihr dringend gerathen haben. Für diese schwer geprüfte junge Fürstin spricht sich allenthalben die lebhafteste Sympathie aus.

— Nach der „Bayer. Ztg.“ soll die Eisenbahn Wasseralfingen-Nördlingen am 27. r. Mts., dem Geburtstag Sr. Maj. des Königs von Württemberg, eröffnet werden.

Mainz, 21. Aug. (Fr. Z.) Heute Morgen 9 Uhr veränderten Kanonenschüsse die Ankunft des Kaisers von Oesterreich in Kastel. Dort bestieg derselbe ein Pferd und ritt mit dem Erzherzog Wilhelm und seinem Gefolge über die Brücke nach der Stadt. Beim Betreten derselben erschallte von der zahllosen Menge am Rheine, in den Straßen und an sämtlichen Fenstern vieltausendstimmiges Hoch, das ihn auf seinem ganzen Wege nach dem Schloßplatz, wo er über sämtliche Garnisonstruppen Parade abhielt, und von da bis zum Gouvernementspalais begleitete. Hier wurden dem Kaiser die Spitzen der hiesigen Beamten vorgestellt, mit deren jedem er sich aufs freundlichste unterhielt. Nach eingenommenem Frühstück fuhr der Kaiser zur Besichtigung des Doms und der Festungswerke und nach 2 Uhr von hier nach Biebrich zur Tafel bei dem Herzog von Nassau.

Wiesbaden, 21. Aug. (Fr. Z.) Der Kaiser von Oesterreich besuchte heute Abend in Begleitung des Herzogs, der Herzogin und eines glänzenden Gefolges auf einige Augenblicke unsere Stadt. Am Eingang der Adolphstraße war eine Ehrenpforte errichtet und das Bürgergeschützenkorps mit einem Gesangverein aufgestellt. Die Menge beobachtete im Ganzen eine reservierte Haltung.

Bonn, 20. Aug. Der hiesige konstitutionelle Verein hat gestern in einer außerordentlichen Sitzung die sofortige Absendung folgender Adresse an die deutschen Abgeordneten in Frankfurt a. M. beschlossen:

Die in Frankfurt versammelten Mitglieder deutscher Volkvertretungen gestattete sich der konstitutionelle Verein zu Bonn in einer Zuschrift zu begrüßen und für Gelingen und Erfolg ihrer Verhandlungen, denen Deutschland diesmal mit außerordentlicher Spannung entgegensteht, die besten Hoffnungen und Wünsche auszusprechen. Sie, hochgeehrte Herren, sind zwar nicht mit der Macht ausgestattet, Ihren Beschlüssen unmittelbar Geltung zu verschaffen, aber Sie können protestieren gegen jeden Versuch, der von anderer Seite her gemacht wird, sich allein die Berechtigung zu entscheidenden Beschlüssen über Deutschlands Zukunft beizulegen, und Sie sind berufen, zu protestieren, wenn das deutsche Volk zu partikularen Zwecken im Interesse einer schon seit langer Zeit uns verberbt gewordenen Hauptpolitik ausgebeutet werden soll. Hat man dazu noch geglaubt, in der augenblicklichen politischen Schwäche Preußens zu solchem Beginn den günstigen Zeitpunkt gefunden zu haben, so nehmen Sie von Preußen aus den Ausdruck der vollen Zuversicht entgegen, daß das preussische Volk, kann es sich auch noch nicht eines materiellen Sieges rühmen, doch im Kampfe um seine Verfassung nicht nachlassen wird und schon jetzt in dem moralischen Sieg seines Abgeordnetenhauses die Gewähr findet, daß diese Zustände nicht dauern werden. Es wird aus der jetzigen Krisis ein Preußen hervorgehen, fähig und bereit, an derjenigen Form der deutschen Einheit bauen zu helfen, die dem Vaterlande die Macht und Freiheit sichert, welche es zu fordern berechtigt und zu erringen entschlossen ist.

Mit der Ueberreichung der Adresse ist der Abgeordnete v. Bunsen beauftragt worden.

Köln, 22. Aug. (Köln. Ztg.) In der gestrigen Sitzung des politisch-geselligen Vereins wurde den Anwesenden von Hrn. Advokat Maagen nachstehender Antrag an den Abgeordnetentag vorgeschlagen:

Der Abgeordnetentag wolle erklären: daß bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen weder die deutsche Reichsverfassung von 1849, noch die Vorstandschaft Oesterreichs im Reiche, noch die Zusammenlegung der Bundesabgeordneten-Versammlung aus Delegierten der Volkvertretungen der Einzelstaaten, noch die vorläufige Ausschließung der preussischen Provinzen Preußen und Posen Hindernisse bilden für die Annahme des möglichst zu verbessernden Entwurfs einer Reformakte des Deutschen Bundes.

Wegen der Dringlichkeit des Gegenstandes wurde die sofortige Beratung des Antrages beschlossen. Derselbe wurde lebhaft verteidigt und bekämpft und schließlich dem Vorsitzenden anheim gegeben, den Inhalt des Antrages einer außerordentlichen Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Bernburg, 20. Aug. Herzog Alexander Karl zu Anhalt-Bernburg ist gestern Nachmittag 4^{1/2} Uhr zu Hoym, im 59. Jahre seines Lebens, im 30. seiner Regierung, gestorben. Mit ihm ist die herzoglich bernburgische Linie erloschen, und das Herzogthum Anhalt, seit 1606 in vier Theile getheilt, ist jetzt wieder unter der Herrschaft der ältesten, der dessauischen Linie vereinigt.

Berlin, 22. Aug. Der „Zeid. Korrespondenz“ zufolge wird sich die Rückkehr des Königs und des Hrn. v. Bis marck aus Baden-Baden wahrscheinlich bis in den September verzögern. Die Reise des Finanzministers Bodelschwingh nach Baden soll den Zweck haben, dem König von der günstigen Finanzlage Mittheilung zu machen, indem sich die Staatseinnahmen auch in diesem Jahr bedeutend vermehrt haben, so daß es möglich sei, nicht nur die Armeeorganisation schneller zu bewirken, sondern auch auf eine Gehaltsverbesserung der Beamten Bedacht zu nehmen. — Derselben Quelle zufolge wäre die Auflösung des Abgeordnetenhauses beschlossen, und bei der Rückkehr der Minister handelte es sich nur noch um die Bestimmung des Zeitpunktes, wann dieselbe erfolgen soll.

Der Prinz Albrecht (Sohn) sprang am Mittwoch Nachmittag, als seine Pferde in Potsdam plötzlich wild wurden und durchgingen, aus dem Wagen und zog sich dabei einige Verletzungen an den Füßen und am Kopfe zu. Bis jetzt erregt das Befinden des hohen Patienten keine Besorgniß. Derselbe befindet sich in Marly zu Potsdam, der Wohnung seiner Schwester, der Prinzessin Alexandrine. — Die Königin-Wittve ist heute Abend über Gunterhausen, wo sie übernachtete, von Wilbad auf Sanssouci wieder eingetroffen. — Der Kronprinz ist heute Abend 7^{1/2} Uhr nach Schloß Rosenau bei Koburg abgereist, und wird am Dienstag nach Potsdam zurückkehren. — Der Kriegsminister v. Koon ist heute Abend von seiner Urlaubsreise aus Thüringen hierher zurückgekehrt.

Frankreich.

Paris, 22. Aug. Auch heute ist noch keine Nachricht von Uebergabe der Noten an das St. Petersburger Kabinett eingetroffen. — Die Nachricht, daß der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankfurt jüngst neben der Flagge der Washingtoner Regierung jene der mexikanischen Republik aufgezogen hatte, hat hier, im Zusammenhalt mit dem Gerücht von einem zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland unterzeichneten Vertrag, sowie mit einem Artikel des New-Yorker „Herald“ — großes Aufsehen gemacht. Die „France“ eröffnet bereits heute ihr offizielles Feuer gegen die vom „Herald“ gemeldeten Absichten der Washingtoner Regierung, von Frankreich das Aufgeben seiner Pläne in Mexiko zu verlangen. Das Washingtoner Kabinett, sagt sie, habe in dieser Sache von der Pariser Regierung nichts zu verlangen. Nicht Frankreich errichte die Monarchie in Mexiko, sondern das mexikanische Volk selbst, welches freiwillig auf seine Traditionen und auf die Quellen seines ehemaligen Glanzes zurückgehe, indem es die Krone dem Erzherzog Maximilian anbietet. Wie komme die Union zu der Einmischung in die mexikanische Angelegenheit, während sie doch so laut das Recht der Nichtintervention proklamirte? Frankreich sei nur nach Mexiko gegangen, um die Beleidigung seiner Staatsangehörigen zu rächen und dort die Prinzipien der Zivilisation und des Völkerrechts zu vertheiligen; es habe somit auf die Präventionen, welche der „Herald“, wahrscheinlich mit Unrecht, der Regierung Lincoln's zuschreibt, nichts zu erwidern. Der Kaiser wird am 26. d. aus Chalons in St. Cloud erwartet. — Hier ist man gegenwärtig mit einer neuen Benennung der Straßen beschäftigt, um zahllose Mißstände, die sich allmählig angehäuft haben, zu beseitigen. — 3proz. 67.60. Cred. Mob. 1107.50. Ital. Anl. 72.65.

Paris, 23. Aug. Wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, wäre ein Hauptgrund des energischen Vorgehens Oesterreichs in der deutschen Angelegenheit in dem Bestreben der süddeutschen Großmacht zu suchen, in Deutschland einen festen Halt gegen das immer empfindlicher werdende Andringen Frankreichs aus Oesterreich zu suchen — jetzt zunächst in Betreff Polens, wobei aber fortwährend an alle Wunden Oesterreichs gerührt werde, für diesen Sinn habe auch Frankreich die neuesten Schritte Oesterreichs in der deutschen Reformfrage aufgefaßt, und die französischen Gesandten im Ausland hätten die, sehr vertrauliche Anweisung erhalten, „sich gegen die österreichischen Reformvorschlüge auszusprechen.“ Damit würde allerdings eine Aeußerung des heutigen „Constitutionnel“ nicht sehr harmoniren, die für offizielles angesehen wird und also lautet:

Gewisse Organe der Presse beharren dabei, wenn sie von dem Kongress der deutschen Fürsten reden, diesem Ereigniß eine Tragweite beizulegen, welche uns in keiner Weise der Sache selbst zu entsprechen scheint.

Indem der Kaiser von Oesterreich die übrigen Fürsten in Frankfurt versammelt, versucht er Das zu thun, was vor ihm bereits Preußen, der Herzog von Sachsen-Koburg, die Partei der Göttauer und der Nationalverein fruchtlos versucht hatten. Die Bundesverfassung von 1815 hat, wie jedes Menschenwerk, ihre Mängel. Seit langer Zeit leben Völker und Regierungen die Mängel ein und suchen ihnen abzuheilen. Da die konstituierenden Versammlungen, die Ministerkonferenzen und die diplomatischen Korrespondenzen beschlagene sind, so hofft Kaiser Franz Joseph auf einen bessern Erfolg, indem er eine persönliche Zusammenkunft der Souveräne veranlaßt. Was gibt es wohl Einfacheres?

Wir wiederholen es, der Frankfurter Kongress ist eine rein deutsche Angelegenheit, welche lediglich die innere Organisation des Bundes betrifft. Das von dem Kaiser vorgelegte Reformprojekt ändert weder die Zusammenlegung, noch die Grenze des Bundes ab, und man hat deshalb keinen Grund, darin eine europäische Frage zu erblicken.

Niederlande.

Rotterdam, 20. Aug. (Südd. Ztg.) Der Minister des Auswärtigen hat dem „Verein zur Förderung der Industrie“ die Zusage gegeben, daß er bestrebt sein wird, einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen, in welchem für die Niederlande die Einfuhrzölle der meistbegünstigten Nationen (England und Belgien) stipulirt werden sollen.

Rußland und Polen.

Berlin, 23. Aug. Die „Berl. Börs.-Ztg.“ meldet aus Mykolowicz vom gestrigen Tage: Die Eisenbahn-Verbindung zwischen Warschau und Jombkowitz nahe der preussischen Grenze ist unterbrochen. Die Zufuhrgüter zerstörten sechs Brücken und die Telegraphenleitung.

Aus St. Petersburg direkt wird nun der „Schles. Ztg.“ bestätigt, daß die russische Bank die Zahlung in Imperialen suspendirt hat, und statt dessen nur in Silberrubeln zahlt. Es sind in Folge der Herstellung der Goldzahlungen zu einer, wie man weiß, allmählig absteigenden Skala die ungeheuersten Summen von Imperials gegen Einlösung von Noten aus den Kassen der russischen Bank herausgegeben worden — wir führen beispielsweise nur an, daß bei der letzten Zahlung am 1./13. August nach unseren Nachrichten allein 750,000 Stück Imperials in das Ausland gegangen sind; — es hat daher die Durchführung der Maßregel der russischen Regierung große Opfer gekostet.

Amerika.

Neu-York, 12. Aug. (Per. Stotia.) In der Stellung der beiden Armeen am Rappahannock ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die Vorposten der Südstaatlichen befinden sich auf dem südlichen Ufer des Flusses, obwohl die feindliche Kavallerie gelegentlich bis an die unteren Furten des Rapidan streift, an dessen Gestade das Gros der südlichen Armee steht. Lee's Hauptquartier ist in Gordonsville. Stafford Courthouse und Aquia Creek liegen innerhalb der Linien der Bundesstruppen, welche auch Beverley-Ford besetzt haben. Wie ein Gerücht wissen will, hat General Meade

bereits zweimal (das erste Mal unmittelbar nach der Schlacht bei Gettysburg und Lee's Rückzuge) sein Entlassungsgesuch eingereicht und besteht nun auf dessen Berücksichtigung. Als seine Nachfolger nennt man entweder Grant oder Meade. — Von Charleston erfährt man, die belagernde Armee sei am 1. durch 8000 Mann, die auf der Südspitze der Jolly-Insel Fuß fassen sollten, verstärkt worden, und es sei auf den 8. ein kombinirter Angriff der Land- und Seetruppen angelegt. Die bis zum 7. reichenden Nachrichten melden von keiner sonstigen Veränderung in der Belagerung der Stadt. — General Foster machte am 4. mit drei Kanonenbooten eine Rekognoszierungsfahrt den Jamesfluß hinauf von Monroe aus; doch sah er sich in der Nähe des Forts Darling durch ein heftiges, vom Ufer aus auf ihn eröffnetes Geschützfeuer gezwungen, die Rückfahrt anzutreten; ein Boot wurde erheblich beschädigt und mehrere Offiziere blühten das Leben ein. Admiral Farragut ist in Neu-York angekommen. — Eine Abtheilung Bundesstruppen ist bis mitten in Arkansas vorgebrungen; eine andere ist damit beschäftigt, die Gebiete westlich vom Mississippi von den Rebellenstruppen zu säubern. Bei Fort Blunt im Indianergebiete soll eine Schlacht bevorstehen. — General Bragg — an dessen Stelle nach einem Gerüchte der Bischof Polk das Kommando übernommen haben soll — befindet sich in Chattanooga; ein Theil seiner Armee steht in Rome (Georgia). Von Johnston hört man nichts Näheres, als daß er und seine Armee gutes Muthes und voll Selbstvertrauen sein sollen. Südstaatliche Blätter schlagen vor, zum Ersatz für den Verlust Vicksburgs und Fort Hudson's fliegende Artilleriekorps zu organisiren, welche der Schifffahrt auf dem Mississippi alle möglichen Hindernisse in den Weg legen sollen. — Die Regierung des Südbundes hat beschlossen, alle körperlich tauglichen Neger zu bewaffnen, um feindlichen Einmärschen entgegenzutreten; und wie berichtet wird, ist der Rebellengeneral Richardson schon im westlichen Tennessee damit beschäftigt, alle hellerschattirten Neger zu dreijährigem Kriegsdienste auszuheben; sie sollen zwar keine Löhnung, aber nach Ablauf ihrer Dienstzeit ihre Freiheit erhalten. — Der Präsident Davis hat die den in Vicksburg gefangen genommenen und parolirten Mannschaften gewährte Urlaubsbeneidigung zurückgenommen. In Alabama ist vom Gouverneur eine außerordentliche Session der Legislatur anberaumt worden. — Eine lebhafteste Korrespondenz hat zwischen Seymour, dem Gouverneur von Neu-York, und dem Präsidenten Lincoln stattgefunden. Seymour beklagte sich über die Ungerechtigkeiten der Aushebungsakte, wie sie in seinem Staate in's Werk gesetzt werde, und forderte die Suspension der Aushebung, bis die Ungleichheiten berichtigt sein würden. Ferner schlug er für die Konstriktion freiwillige Einstellung vor, und verlangte die Verfassungsmäßigkeit der Akte in den Staatsgerichten zu prüfen. Lincoln's Antwort lautete, die Akte können wohl geprüft werden, doch sei keine Zeit zu verlieren, um die Aushebung so rasch wie thunlich zu betreiben; wo sich Unregelmäßigkeiten herausgestellt hätten, möge die Aushebung von neuem vorgenommen werden. In einem zweiten Briefe verwickelte Seymour den Präsidenten, es seien Ungerechtigkeiten und Betrügereien bei der Aushebung vorgekommen, und zwar seien in den vornehmlich demokratischen Distrikten weit mehr Personen ausgehoben worden, als in den republikanischen, und der Präsident werde sicher nicht umhin können, solchen Mißständen abzuhelfen. Lincoln's Antwort bestätigte wieder seinen Entschluß, die Aushebung durchzuführen. — Die demokratische Presse in Kentucky versichert, die dortigen Wahlen seien vom Militär beeinflusst gewesen.

Der „New-York-Herald“ kündigt an, daß in nächster Woche eine Zusammenkunft hervorragender Männer von der republikanischen Partei in Washington stattfinden werde, um darüber zu berathen, unter welchen Bedingungen die Südstaatlichen wieder in die Union aufzunehmen seien. — Der Washingtoner Korrespondent des genannten Blattes behauptet, es seien Berichte in der Hauptstadt eingetroffen, des Inhalts, daß Hr. Cassius M. Clay mit Rußland ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen und jene Macht versichert habe, die Vereinigten Staaten würden für den Fall, daß eine Kriegserklärung der Westmächte an Rußland erfolgen sollte, an Frankreich und England den Krieg erklären. Ferner heißt es, es seien mehrere Kabinettsrathssitzungen gehalten worden, um die mexikanische Angelegenheit zu diskutieren, und man habe den Beschluß gefaßt, Frankreich aufzufordern, es solle von seinen Plänen, Mexiko in eine Monarchie zu verwandeln, Abstand nehmen. — Der frühere Vorsitzende im Flottentomitee des Kongresses, Hr. C. B. Sedgewick, erklärt, es habe im Juli 1860 ein Hr. Howard von Neu-York, der sich als Agenten der H. Laird vorgestellt habe, dem Flottendepartement Anträge gemacht; er (Sedgewick) habe denselben an den Marineminister verwiesen, welcher jedoch nicht gewillt gewesen sei, auf Unterhandlungen einzugehen.

Baden.

Bruchsal, 23. Aug. Heute fand dahier, zugleich als Jahresfeier der Eistung des hiesigen Arbeitervereins, ein Arbeiterfest statt, an welchem auch die Arbeitervereine von Mannheim, Weinheim, Pforzheim und Karlsruhe durch größere oder kleinere Abordnungen Theil nahmen. Hr. Schulze-Delitzsch, auf dessen Erscheinen man in Folge persönlicher Einladung gehofft hatte, entschuldigte in einer sehr freundlichen Zuschrift sein Ausbleiben mit Geschäftsüberhäufung zu Frankfurt, indem er zugleich dem hiesigen Verein und dem Arbeiterfest in aufmunternder Weise seinen warmen Anteil aussprach. Auch von den Vereinen zu Frankfurt, Freiburg, Wehrheim und andern Orten waren Zuschriften und Telegramme ähnlichen Inhalts eingelaufen. In festlichem Zuge, woran sich auch die hiesigen Turner beteiligten, begab man sich auf das Reservelößelshaus, wo die Verhandlungen gepflogen wurden. Die aufgestellten Tafeln (Zweck der Arbeitervereine, Einrichtung von Bauvereinen und Unterstüßungsgesellschaften u. dgl. m.) wurden von den Rednern klar und verständlich im Sinne von Schulze-Delitzsch besprochen, daß nämlich der Arbeiterstand nur in der eigenen Kraft sein Heil suchen müsse, und oft hatte man Anlaß, sich zu wundern, wie geläufig und selbst mit Schwung diese einfachen Arbeiter sich auszubilden wußten. Wie dabei keine Spur von politischer oder sozialer Wühlerei zu bemerken war, so waltete über das Ganze in anerkennenswerther Weise anständige Ruhe

Deutscher Abgeordnetentag.

Frankfurt, 22. Aug. (Zweiter Tag.) Die zweite öffentliche Sitzung wurde heute Vormittag nach 10 Uhr eröffnet. Das heute ausgegebene Mitgliederverzeichnis, das jedoch nicht ganz vollständig ist, zählt gegen 300 Anwesende auf, darunter aus Baden die H. Artaria, G. Hardt, Friderich, Häusser, Heidenreich, Jolly, Kusel, Krausmann, Lamey (Pforzheim), Penz, Rays, Wolf, Paravicini, Pagenstecher, Seiz, Stigler, Wundt. Da die Anträge über die schleswig-holsteinische Frage noch nicht gedruckt sind, so wird zunächst zu dem weiteren Gegenstande der Tagesordnung, Organisation des Abgeordnetentages, übergegangen. Es liegt außer dem Kommissionsantrag ein Antrag von Benedey vor, welcher die Abänderung des §. 4 des Statuts wünscht. Miquel aus Göttingen befragt die Herstellung einer parlamentarischen Zentralbibliothek zum Zweck der gemeinsamen Behandlung allgemeiner Fragen in den verschiedenen Ständeverfassungen, gewissermaßen als Vorbehalt, so lange ein deutsches Parlament fehlt. Der Kommissionsantrag, einen Zusatz zu §. 6 der Satzungen des Abgeordnetentages zu beschließen:

Die Kommission wählt aus ihrer Mitte einen Vorstand von fünf Mitgliedern, welcher die laufenden Geschäfte zu führen hat, auch im Auftrage der Kommission in eiligen Fällen deren Befugnisse ausüben kann.

Ferner ernennt die Kommission aus ihrer Mitte diejenigen Mitglieder, welche speziell beauftragt und verpflichtet sind, die Beziehungen der Kommission und des Vorstandes mit den Landesvertretern der einzelnen deutschen Staaten zu unterhalten.

Die Tagesordnung führt weiter zur schleswig-holsteinischen Frage, wozu der Ausschuss folgenden Antrag stellt:

Gegenüber dem Beschlusse, den am 9. Juli d. J. die Bundesversammlung in Betreff Schleswig-Holsteins gefaßt hat, erklärt der Abgeordnetentag:

Nach altem Recht, wie nach dem Staatsgrundgesetz, welches unter der von der deutschen Zentralgewalt anerkannten provisorischen Regierung am 15. September 1848 in's Leben getreten ist, sind die Herzogthümer fest mit einander verbundene und selbständige Staaten unter der Herrschaft des eldenburgischen Mannesamtes.

Die Vereinbarungen von 1851/52, die das Recht der Herzogthümer veräußern, von der Vertretung derselben niemals anerkannt, und die dem Dänemark selbst vielfach verletzt und durch das Märzpatent zertrüßert sind, haben für Deutschland keine bindende Kraft.

Durch den Beschluß vom 9. Juli, welcher sich dem ungeschickten auf den Boden jener Vereinbarungen und der mindestens eben so ungenügenden englischen Vorschläge stellt, hat der Bundestag seiner Pflicht gegen Deutschland und die Herzogthümer nicht genügt.

Doch ist dieser Beschluß gefaßt und nicht mehr ungeschickten zu machen. Leistet Dänemark nicht Folge, so muß vor Allem, wenn nicht neue Schmach auf die alte gehäuft werden soll, der gefaßte Beschluß umgesetzt und mit voller Energie durch den Einmarsch der Bundesstruppen in Vollzug gesetzt werden. Hier zuerst wird der Werth der förmlichen Reformbestrebungen seine Probe zu bestehen haben. Ist das nationale Selbstgefühl, das die Dänemacht unserer auswärtigen Politik als einen brennenden Schimpf empfindet, in den deutschen Regierungen lebendig geworden, so wird der Uebergang von der Vollstreckung eines unzulänglichen Bundesbeschlusses zur energiegelichen, wahrhaft befriedigenden Lösung der schleswig-holsteinischen Frage — zur Wiederherstellung des alten Rechts in seinem vollen ursprünglichen Umfang — durch den Verlauf der Ereignisse ungeschickten gehoben werden. Welchen im Gegentheil die Bundesregierungen auch diesmal vor dieser Aufgabe jaghaft zurück, so weiß Deutschland, was es von den ihm gebotenen Reformbestrebungen zu halten hat, und kein beschönigendes Wort würde dann die Ueberzeugung erschüttern, daß der Grundgedanke der nationalen Bewegung auch diesmal nicht erfüllt, sondern mit gefallenen Verheißungen erfüllt werden soll.

Frater (München) erhält zunächst als Berichterstatter das Wort. Er weist auf die traurigen, beschämenden Erinnerungen hin, die für jeden Deutschen diese Angelegenheit erweckt, und wirft einem kurzen Rückblick auf die Geschichte dieser Frage in den letzten Jahren. Drei Wege seien im gegenwärtigen Stadium möglich. Zunächst der Bund unterläßt die Bewirkung seiner Drohung; das wäre aber ein Schimpf für Deutschland, den es nicht dulden darf. Diesen Weg darf der Bund nicht einschlagen, ohne den deutschen Namen vor der Welt bloßzustellen. Ein weiterer Weg wäre, daß der Bund die Waffen ergreife, um die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark auszuführen. Dieser Weg ist, wenn gleich das Wünschenswerthe, doch für jetzt nicht möglich. Der dritte Weg ist die Vollziehung des Bundesbeschlusses. Der Einmarsch der Bundesstruppen in die deutschen, zu Holstein gehörigen, aber von Dänemark Schleswig einverleibten Landestheile wird bei dem trotzigen Sinn der Dänen zum Krieg führen und in seinem weiteren Verlaufe zur Herstellung des alten Rechts der Herzogthümer. Dies wird und soll das schließliche Ergebnis sein, wenn nur die Bundesregierungen im Geiste ihrer Pflicht handeln. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage, denn der Kern der letzteren ist das Bedürfnis einer gebührenden Rechtsstellung nach außen. In dieser Frage können und müssen die Parteien zeigen, ob es ihnen mit der Reform Ernst ist oder nicht.

Benedey (Oberweiler) beantragt den Strich des letzten Absatzes des Ausschussesantrages von „Doch ist“ an. Das seien leere Phrasen. Derselbe Mann, der jetzt den Reformplan vorlegt, derselbe Schmerling habe den Malmer Waffenstillstand abgeschlossen, habe die Schleswig-Holsteiner den Dänen ausgeliefert. Von ihm sei nichts zu hoffen. Wenn noch einmal eine Exekution nach Holstein geschickt wird, so wird es gehen wie früher. Deswegen lassen wir davon ab, so lange nicht das Volk die Sache selbst in die Hand nimmt.

Kreidacher (Güllich aus Bergen (Schleswig-Holsteiner) tritt der Anschauung des Vorredners entgegen. Seine eigene Ueberzeugung ist: die schleswig-holsteinische Frage wird nimmermehr durch diplomatische Künste, sondern nur durch das gute deutsche Schwert entschieden werden. (Beifall.) Man muß nur nicht zu ängstlich dabei sein, nicht immer fragen, was die Herren an der Neva und Seine dazu sagen; dem Muthigen gehet die Welt! (Lauter Beifall.) Vertraue man doch etwas auf den deutschen Sinn, auf das Rechtsbewußtsein in den deutschen Herzogthümern. Und will man denn auf die Möglichkeit, daß der Schritt auch zum zweiten Male misslingt, auch auf die Möglichkeit des Gelingens verzichten? Es ist höchste Zeit, daß eingeschritten wird; die Zustände in Schleswig-Holstein sind unerträglich; er selbst sei ein lebendiges Beispiel davon, seit 13 Jahren ein Verbannter. Jeder thue an Deutschland, was ihm möglich ist, dann wird es gut werden! (Lauter Beifall begleitet die Schlussworte des Redners.)

Benedey erklärt, er wünsche nicht, daß der Bundestag zur Exekution aufgefordert werde; es werde daraus nur Schlimmes folgen. Rotter (Stuttgart) spricht für den Ausschussesantrag. Wir wollen wenigstens versuchen, ob die Parteien diesmal nicht Ernst machen.

Sahndorf (Kassel): Wir mögen hier Resolutionen fassen, wie wir wollen; vom Bundestag ist in dieser Frage nichts zu erwarten, sondern nur vom Volke!

Weller (Heidelberg): Die ganze deutsche Nation hat sich in keiner Frage einmüthiger ausgesprochen, als in dieser. Er stimme ganz für den Ausschussesantrag, namentlich auch für dessen Schlussatz. Die Theorie von der bloßen Berücksichtigung der Machtverhältnisse der Gewalt ist eigentlich eine revolutionäre; nur das Unrecht braucht die Gewalt, das Recht siegt durch sich selbst, es erwirbt sich schließlich auch die Macht. Man unterschätze nicht die gewaltig wirkende Kraft des Geistes, der Idee, des Rechtes! (Beifall.)

Häusser (Heidelberg): Nicht ohne Widerstreben ergreife er das Wort, denn Worte sind in dieser Sache genug gewechselt. Es dränge ihn aber, kurz die Ausschussesanträge vollständig zu unterfassen. Wir beschließen nicht die Exekution, sie ist beschlossene; wir sprechen bloß unsere Erwartung aus. Lassen wir aber den letzten Absatz des Ausschussesantrages weg, so kränkeln wir der schon an und für sich so beschriebenen That des Bundes vollständig „des Gedankens Blässe“ an. Eine That, nur eine That vermag den frechen Uebermuth der Dänen endlich zum Schweigen zu bringen. Man sagt, der Bundestag werde nichts thun; was thun wir denn? Gar nichts! Wir vertragen die Entscheidung immer wieder auf eine bessere Zukunft. Wie lange werden wir aber überhaupt noch eine Zukunft in dieser Sache haben? Es wäre leicht, durch eine Schilderung des wahrhaft häßlichen Regiments der Dänen die Gemüther zu erregen; er wolle das nicht, sondern nur zu der kalten Erwägung sprechen. Es ist aber die höchste Zeit, daß diesem dänischen Treiben ein Einhalt geschieht, denn wir wissen nicht, wie lange der Uebermuth der Schleswig-Holsteiner noch dem Druck der Willkürherrschaft widersteht. Auch der Starke wird allmählig erschöpft, und die Gefahr, daß die jüngere Generation dem Drucke nachgibt, liegt nicht fern. Die Hoffnung der Schleswig-Holsteiner ruht einzig noch auf dem deutschen Volke; wir, als Vertreter dieses Volkes, sind verpflichtet, Alles anzubieten, um diese Hoffnung nicht zu Schanden werden zu lassen. Lassen wir den Schlussatz des Antrages weg, dann sinkt diese Hoffnung darnieder. Man höre die Männer aus Schleswig-Holstein: Mit dem Einrücken der Bundesstruppen wird der Muth des Landes aufs neue getrübt. Will man aber jetzt Nichts thun — dann schreibe man in die Todtenlisten neben Lothringen und Elsaß auch Schleswig-Holstein ein. Sie werden, schließt Redner, den beantragten Strich des letzten Absatzes nicht beschließen, denn Sie schlagen damit die Hoffnung eines Volkes nieder, das um Deutschland gelitten hat! (Langanhaltender fürmlicher Beifall.)

Rohm (Leipzig) empfiehlt als Amendement einen Zusatz, daß von der Bundesdiplomatie in dieser Frage überhaupt nichts zu erwarten sei.

Adv. Wigger (Mendeburg) spricht für die Ausschussesanträge. Die Bundesexekution ist freilich nicht der richtige Weg, allein die Stimmung und die Meinung in den Herzogthümern ist, daß man, um nur einmal einen Anfang zu machen, sich den Bundesbeschlüssen fügen will. Die freundliche Versicherung wolle er aber auch geben, daß die Kraft und der Muth in den Herzogthümern noch nicht getrocknet ist, daß sie noch immer lebhaft auf Deutschlands Hilfe hoffen. Wir Schleswig-Holsteiner sind nicht im Kampfe besiegt, denn wir sind den Feinden gebunden überliefert worden. Wir kommen auch nicht bloß als Bittende, wir können etwas Großes geben: Deutschlands Seemacht beruht auf Schleswig-Holstein. Doch was wir an Deutschland haben, ist größer. Die Zusammengehörigkeit Deutschlands und der Herzogthümer liegt im gemeinsamen Interesse. Möge ein gütiges Geschick die Siegesonne bald in Deutschlands nördlichen Gauen scheinen lassen! (Lebhafter Beifall.)

Craemer (Doos) spricht sich gegen den Benedey'schen Antrag aus. Berichterstatter Frater empfiehlt nochmals den Ausschussesantrag; dieser letztere wäre eine bloße Phrase ohne den letzten Absatz.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Ausschussesantrag mit Ablehnung der entgegenstehenden Anträge, welche nur durch ganz kleine Minoritäten unterstützt werden, fast einstimmig angenommen.

Es wird hierauf eine kurze Pause gemacht, nachdem Rohm für einen von ihm gestellten, die Tagesordnung nicht berührenden Antrag zurückgenommen hat, und zur Wahl des ständigen Ausschusses geschritten. Es wurden gewählt: v. Unruh, Schulze-Delitzsch, Ewe-Galbe, H. v. Seydel und v. Foverbeck aus Preußen, Craemer und Barth aus Bayern, Joseph aus Sachsen, v. Bennigsen aus Hannover, Höder aus Württemberg, Bieweg aus Braunschweig, Lang aus Nassau, Fries aus Weimar, Moritz Wigger aus Mecklenburg, Fr. Deller aus Kurhessen, Weg aus Hessen-Darmstadt, Häusser aus Baden, Ed. Wiggers aus Schleswig-Holstein, Pfeiffer aus Bremen und Sigmund Müller aus Frankfurt.

Die Sitzung wird hierauf nach 2 Uhr geschlossen.

Frankfurt, 21. Aug. Das heute gebrauchte Verzeichnis der Mitglieder des Abgeordnetentages weist 293 Namen auf. Von 243 Abgeordneten oder gewesenen Abgeordneten, deren Heimath auszumachen war, kamen aus Frankfurt 68, Preußen 50, Hessen-Darmstadt 28, Kurhessen 21, Baden 20, Nassau 14, Württemberg 13, Koburg-Gotha 12, Bayern 10, Hannover 8, Weimar 8, Königreich Sachsen 7, Hamburg 4, Bremen 3, Lübeck 3, Mecklenburg 3, Holstein 3, Lippe-Deimold 2, Schwarzburg 2 (2), Waldeck 1, Oldenburg 1, Sachsen-Altenburg 1, Meiningen 1, Braunschweig 1. Bei der Abstimmung über die fünf Resolutionen zur deutschen Frage enthielten sich die Frankfurter der Abstimmung. Nicht vertreten sind nach dem Verzeichnisse Anhalt, Schaumburg-Lippe, Liechtenstein, Neuh. Hessen-Homburg und Luxemburg. Anhalt-Bernburg ist übrigens nummehr mit dem Tode des Herzogs aus der Reihe der selbständigen Staaten gestrichen.

Marau, 24. Aug. Rheinwasserwärme: 14 1/2 Grad.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 25. Aug. 3. Quartal. 78. Abonnementvorstellung. Martha oder der Markt zu Richmond; Oper in 4 Akten, von Flotow. — „Martha“: Frau Eiswaldt vom königl. Hoftheater zu Stuttgart, als Debüt.

Theater in Baden.

Mittwoch 26. Aug. Ein Sommernachtstraum; phantastisches Lustspiel in 3 Akten, von Shakespeare; Musik von Mendelssohn.

und Ordnung, und man darf allerdings hoffen, daß in dieser Weise gehalten, die einzelnen Vereine und deren größere Zusammenkünfte für das Wohl des Arbeiterstandes nützlich sein werden.

Schon in den Pausen der Verhandlungen trugen Musik und Gesang zur Erheiterung bei, und ein Festball soll heute Abend den Schluß des Arbeitertages bilden.

Mannheim, 22. Aug. Nach kurzem Krankenlager entschlief gestern Abend 6 Uhr Professor Friedrich August Küßlin, Geh. Hofrath und Kommandeur des Jähringer-Ordens. Die Nachricht von dem Tode dieses hochverdienten Mannes erregte allgemeine Theilnahme und Trauer. Der Dahingegangene wurde am 3. Januar 1780 in Weisweil am Kaiserstuhl geboren, woselbst sein Vater Pfarrer war. Schon in früher Jugend, in der Schule zu Schopfheim und im Lyceum zu Lorrach, gaben sich seine außerordentlichen geistigen Fähigkeiten zu erkennen und er zählte in Halle, wo er zwei Jahre in der dortigen Gelehrtenschule seinen Vorbildungsstudien oblag und dann die dortige Universität mit dem glücklichsten Erfolg besuchte, zu den beliebtesten Schülern Friedr. Aug. Wolf's. Nach abgelegter philologischer und theologischer Prüfung folgte er einem Rufe nach Genua, woselbst er in den Jahren 1803 bis 1807 als Lehrer wirkte. Ins Vaterland zurückgekehrt, wurde ihm nach einem kurzen Aufenthalt in Lorrach die Direction des damals neu gegründeten Mannheimer Lyceums übertragen. Dreißig Jahre lang wirkte der Bereinigte ununterbrochen an dieser Anstalt, dessen schönste Blüthe er gewesen war. Wir geben diese Notizen, dabei voraussetzend, daß eine sachkundige Feder über das Leben und Wirken des hochverdienten Mannes, und insbesondere über seine schriftstellerische Thätigkeit berichten und sein Andenken damit ehren wird.

Mannheim, 23. Aug. Gestern Abend 6 Uhr kam die gefeierte Adeline Patti hier an, sitz im „Europäischen Hof“ ab und begab sich sogleich zum Theatergebäude, um der Probe anzuhören. Heute wurde schon vor 5 Uhr vor dem ausverkauften Hause Kette gebildet und obgleich das Honorar nicht weniger als 1500 fl. beträgt, wird bei den enormen Eintrittspreisen die Theaterkasse ein mehr als glänzendes Geschäft machen. Frau v. Risori, welche letzten Donnerstag mit einem Theil ihrer Gesellschaft im „Europäischen Hof“ übernachtete, ist heute mit dem Dampfboote der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft nach Viebrich und Wiesbaden abgereist. Eine Unterhandlung für ihr Auftreten auf hiesiger Bühne hat zu keinem Resultate geführt.

Mannheim, 23. Aug. (Mannh. Z.) Die Mitglieder der Central- rheinisch-schiffahrt's. Kommission sind zu ihrer alljährlichen Sitzungsperiode wieder hier versammelt.

Kassatt, 24. Aug. So viel von dem Inhalt der Vertragsbedingungen der Stadt mit den Bauunternehmern des hiesigen Gaswerkes in die Oeffentlichkeit trat, sollte mit dem 9. künft. Monate, dem Geburtstag Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, das Werk sein Licht zum ersten Male öffentlich und allgemein leuchten lassen. Dieser Bedingung sind die Abordanten noch vorausgeeilt und schon seit zwei Abenden kennen in wunderbarem Glanze die meisten öffentlichen und Privatlampen. Zolt man auch der sonderbaren Verteilung der Straßenlaternen nicht unbedingt Beifall, so ist man durch diese Beleuchtung, zusammengehalten mit der früheren, ungemein befriedigt. Vergleicht man die außerordentlich kurze Zeit, in welcher das große Unternehmen ausgeführt wurde, mit der Solidität und Eleganz, womit es vor und sich, so kann man den Unternehmern die verdiente Anerkennung nicht versagen. Wenn manche Private die Gasbeleuchtungs-Einrichtungen ihrer Häuser schließlich theurer fanden, als sie anfänglich dies sich dachten, so haben sie diesen Rechnungsfehler eben nur ihrer eigenen Sachkenntniß zuschreiben. Die Stadt wird nach wenigen Wochen das Gaswerk in Selbstbetrieb nehmen und hiedurch alle die Klagen, die anderwärts über Gasbeleuchtung schon laut geworden sind, im voraus beseligen.

Neeroburg. Das „Frankf. Journ.“ und ähnliche andere Blätter schreiben: Die längst projektirte deutsche Seemannsschule des Kapitäns Braa wird schon im bevorstehenden Herbst eröffnet werden. Dr. Braa hat bereits einen kleinen Dampfer von dem Grafen Wilhelm von Württemberg, dem Gouverneur von Ulm, angekauft und läßt denselben für seinen Zweck umbauen; außerdem baut er die sonst nöthigen Boote und Schiffsmobile, von denen ein Theil der Vollenbung nahe ist. Die Lehrer der Schule sind gewonnen und schon 15 Schüler angemeldet.

Vermischte Nachrichten.

Wimpfen, 20. Aug. (Sch. M.) Ein schweres Verbrechen ist gestern hier verübt worden. Der bekannte und vielbesuchte Bierbrauer Größinger, aus Württemberg gebürtig, hatte vor 1 1/2 Jahren ein erst um diese Zeit gekauftes Wohnhaus zu Wimpfen im Thal an den dahier angestellten württembergischen Salzkontrolleur Siegwart wieder verkauft. Siegwart schuldet noch den Restkaufschilling mit beiläufig 100 fl., welcher schon über ein Jahr verfallen war, und wurde deshalb von Größinger durch ein kurzes Billet ganz freundlich ermahnt. Siegwart, hierüber aufgebracht, steckte einen Dolch zu sich, nahm das Geld und eilte in Größinger's Wohnung, um das Geld auszuholen. Dabei schimpfte er über die Forderung und machte nach kurzem Wortwechsel von seinem Dolch Gebrauch, indem er den Größinger in die Brust stach; dieser sank augenblicklich todt nieder.

Darmstadt, 19. Aug. (Hess. Bl.) Das Programm des Juristentags leidet dadurch eine Abänderung, daß der Großherzog die Mitglieder desselben auf den 27. zur Festvorstellung im Hoftheater einladen ließ; demgemäß werden am genannten Tage die Mitglieder des Juristentages, ungefähr 2700 an der Zahl, wenn nicht alle, doch zum großen Theil mit einem Extrazug sich hier einfinden und Abends nach beendigtem Theater und eingenommener Erfrischung nach Mainz wieder zurückkehren.

Frankfurt, 22. Aug. (Fr. Z.) Heute wurde, trotz Verbot des Polizeiamts, folgendes Plakat an den Straßenecken angeschlagen: „Was können wir nicht brauchen? Eine Delegirtenversammlung. Was verlangen wir? Ein deutsches Parlament. (J. Knorr von München, K. Grämer von Doos, G. Strauß von Frankfurt.)“

Bern, 23. Aug. (Bund.) Nachdem eine letzte Lage verbreitete Nachricht, daß Baleri in Laufame verhaftet worden, sich nicht bestätigt hat, meldet das „Hum. Bl.“ gerüchlicherweise, man habe ihn hinten im Pratzthal gegen die Leut zu aufgefunden. Auch dieses Gerücht bedarf der Bestätigung.

Hamburg, 21. Aug. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Saronia“, Kapitän Trautmann, welches am 26. Juli von hier und am 29. Juli von Southampton abgegangen, ist nach einer Reise von 12 Tagen am 10. August wohlbehalten in Neu-York angekommen.

